



Für eine liberale Flüchtlingspolitik

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Frei zu sein heißt, das eigene Leben ohne fremden Zwang selbst bestimmen zu können. Diese Maxime ist Grundlage eines modernen Liberalismusverständnis. Wer vor Verfolgung, Krieg oder Armut fliehen muss, ist nicht frei. Liberale Flüchtlingspolitik setzt daher bei der Bekämpfung der Fluchtursachen an und eröffnet Geflüchteten Perspektiven und Chancen in der neuen Heimat.

Bekämpfung von Fluchtursachen

Fluchtursachen sind vielfältig und häufig individuell. Die Fluchtgründe lassen sich grob in drei Kategorien einteilen. Bekämpfung von Fluchtursachen bedeutet aus liberaler Perspektive nicht, Menschen an der Flucht zu hindern, sondern die Menschen vor den Gründen von Verfolgung und Flucht zu bewahren.

Politische Verfolgung

Die Genfer Flüchtlingskonvention nennt fünf Verfolgungsgründe, die zur rechtlichen Anerkennung als Flüchtling führen: Rasse, Religion, Nationalität, politische Überzeugung, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe.

Die Bekämpfung der damit verbundenen Fluchtursachen stellt sich als besonders schwierig dar. Der Verfolgungsakteur ist häufig der Herkunftsstaat. Wir Junge Liberale setzen uns daher für eine werteorientierte Außen-, Entwicklungs- und Rüstungspolitik ein, die den Schutz von Menschenrechten in den Mittelpunkt stellt. Rüstungsexporte in Staaten, die fundamentale Menschenrechte untergraben und ihre Bürger verfolgen, sind abzulehnen. Die Vergabe der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ist an der Einhaltung von Menschenrechten zu koppeln. Die demokratische Zivilgesellschaft ist direkt oder indirekt zu unterstützen. Liberale Demokratien sind Garanten für Menschenrechte.

In instabilen Ländern bzw. failling states treten nicht-staatliche Akteure als Verfolger auf. Deren Bekämpfung ist mit der Stärkung demokratischer Strukturen und Stärkung der staatlichen Institutionen zu begegnen. Im Zweifelsfall sind militärische Operationen nicht auszuschließen. Die internationale Gemeinschaft darf (drohendem) Völkermord oder völkermordähnlichen Bedrohungen nicht tatenlos zu sehen.

(Bürger-)Krieg

Einer der Hauptursachen für Flucht ist die Sicherheitslage im Herkunftsland. Internationale oder innerstaatliche bewaffnete Konflikte bedrohen das Leben der Menschen in den betroffenen Ländern, unabhängig von individueller Verfolgung. Liberale Außen- und Sicherheitspolitik setzt zunächst auf diplomatische Maßnahmen zur schnellstmöglichen Beendigung des Konflikts und den Aufbau stabiler demokratischer Strukturen. Ist auf diplomatischem Wege keine Friedenssicherung möglich, sind militärische Maßnahmen (z.B. Errichtung von Schutzzonen/Fluchtverbotszonen) im internationalen Rahmen, auch multilateral, zu prüfen und durchzuführen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Wer in Not lebt, der ist nicht frei. Die wirtschaftliche Lage in vielen Entwicklungsländern ist katastrophal. Menschen aus diesen Ländern beschließen daher, ihre Heimat zu verlassen um sich in den reicheren Ländern eine Existenz aufzubauen. Das Streben nach Glück trieb einst Hunderttausende aus Europa in die neue Welt. Europa, vor allem die Staaten der Europäischen Union, sind heute Zielpunkt für die Träume der Menschen, die kaum noch zu träumen wagen.

Diese Menschen erhalten weder Asyl, Flüchtlingsschutz noch subsidiären Schutz. Lediglich in seltenen Fällen erhalten sie ein Abschiebungsverbot. Sie sind somit ausreisepflichtig. Ihre prekäre Situation in der Heimat verändert sich nicht.

In den letzten Jahren wurde viel bei der Bekämpfung der weltweiten Armut erreicht. Das Erstarken autoritärer bis diktatorischer Regime und der Klimawandel stellen die weltweite Armutsbekämpfung vor neuen Herausforderungen.

Die weltweite Stärkung der Demokratie, ein konsequenter Klimaschutz, der Aufbau von mittelständischen Strukturen in den Entwicklungsländern sind daher unerlässlich. Wirtschaftliche Entwicklung ohne demokratische und rechtsstaatliche Strukturen ist nicht nachhaltig. Die Zerstörung und Ausbeutung von Rohstoffen und Menschen in den Entwicklungsländern muss gestoppt werden. Die aktuellen Meldungen über Sklavenhandel in Libyen sind erschütternd und zeigen deutlich, dass Libyen kein Partner einer europäischen Migrationspolitik sein kann.

Liberaler Entwicklungspolitik setzt auf die wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zur Verhinderung von Flucht. Die Abschottungspolitik der Europäischen Union ist nicht zielführend. Sie löst keine Probleme und schafft keine Perspektiven für die Ge-

flüchteten. Der Mensch muss befähigt werden, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Europäisches Asylsystem

In der Europäischen Union ist der Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, dessen Hoheitsgebiet der Geflüchtete als erstes betrifft. Das ist das Grundprinzip des Dublin-Verfahren. Frist- und Ausnahmeregelungen, wie das Selbsteintrittsrecht, sind gerne vergessene Bestandteile des Dublin-Systems. Das Dublin-System führt in der Praxis zu einer ungleichen Lastenverteilung. Die Anrainer-Staaten des Mittelmeeres tragen die Hauptlast der Migration. Staaten, die nicht erst seit der Wirtschafts- und Schuldenkrise, zu den wirtschaftlich schwächeren/instabileren Mitgliedstaaten zählen. Das Dublin-System ist überholt und gehört abgeschafft. Bei der Erarbeitung eines neuen Systems sind die wirtschaftliche Stärke sowie die Einhaltung europäischer Standards im Asylsystem und bei der Unterbringung der Geflüchteten zu berücksichtigen. Ob die Verteilung auf Staaten mit geringer Wirtschaftskraft und relativ hoher Arbeitslosigkeit sinnvoll erscheint, darf bezweifelt werden. Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen, wollen zunächst nur Schutz. Mittel- und langfristig wollen sie sich aber auch ein neues Leben aufbauen können, da der Fluchtgrund häufig längerfristig bestehen bleibt. Für uns ist dies auch ein Zeichen von Leistungsbereitschaft und zu unterstützen. Der Rat der 60 legte Anfang der Neunziger Jahre einen Vorschlag zur Verteilung der Flüchtlinge in Europa vor. Demnach könne sich jeder Flüchtling einmalig seinen Zielstaat aussuchen. Staaten mit einem besonders hohen Anteil würden entsprechende Kompensationsmittel erhalten. Ein solches Verfahren ist ehrlicher und realistischer. Dieses Verfahren sollte jedoch auf anerkannte Schutzberechtigte beschränkt bleiben. Das Asylverfahren würde in dem Ankunftsland durchgeführt.

Integration durch Leistung

Integration muss mit dem Tag der Einreise beginnen. Warten wir auf den Abschluss des Asylverfahrens, verlieren wir und die Betroffenen, wertvolle Zeit. Menschen, die in unser Land kommen, haben eine Integrationsleistung zu erbringen: Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel einer gelungenen Integration. Hinzu kommt das Vertrautmachen mit unseren Gesetzen und unserer Art zu Leben. Die Einhaltung von Recht und Gesetz ist Grundlage jeglichen Miteinanders.

Integration ist keine Einbahnstraße, Integration ist auch keine Assimilation oder Anpassung. Integration ist auch eine Leistung des Ziellandes und seiner Gesellschaft. Integrationsbereiten Menschen müssen entsprechende Angebote (z.B. Sprach- und Integrationskurse) ermöglicht werden. Wir brauchen eine Willkommenskultur in unserer Gesellschaft. Deutschland hat 2015 gezeigt, wozu es in der Lage ist. Wir müssen bereit sein uns auf andere Menschen, andere Kulturen einzulassen. Eine vielfältige Gesellschaft ist eine erfolgreiche Gesellschaft.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Wir dürfen nicht den Fehler der Vergangenheit wiederholen und glauben, dass möglichst alle Flüchtlinge irgendwann wieder zurückkehren. Niemand kann absehen, ob und wann Kriege oder Verfolgungssituationen enden. Viele bauen sich hier ein neues Leben auf, weshalb sie auch nach Wegfall des Verfolgungsgrundes bleiben.

Deutschland braucht daher ein modernes Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht. Wer sich hier eine neue Existenz aufgebaut oder die Möglichkeit auf Ausbildung oder Arbeit hat, den sollten wir auch längerfristig bzw. dauerhaft willkommen heißen. Deutschland braucht Einwanderung, wenn wir unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat erhalten wollen. Die demographische Entwicklung spricht dahingehend eine klare Sprache.

Flüchtlingen muss die Möglichkeit eines Rechtskreiswechsels ermöglicht werden. Nach der erfolgten Einreise sollte schnellstmöglich die schulische und berufliche Qualifikation festgestellt werden. Die Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen muss vereinfacht und beschleunigt werden, damit die Betroffenen möglichst schnell einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Daher sind Sprach- und Integrationskurse vom ersten Tag an dringend erforderlich. Es ist volkswirtschaftlicher Unsinn, qualifizierte Menschen jahrelang in Hilfsarbeitertätigkeiten einzusetzen.

In einer globalisierten Welt sind das Land der Geburt und des dauerhaften Aufenthalts immer häufiger divers. Menschen können sich ihrer alten und ihrer neuen Heimat verbunden fühlen. Das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht muss modernisiert werden und mehrfache Staatsbürgerschaften ermöglichen.

*Beschluss des Kreiskongresses der Jungen Liberalen Kreisverband Düren
Düren, 3. Januar 2017*